

Alternative Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen eines geringen Wirtschaftswachstums

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 hat sich im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten in den meisten kapitalistischen Ländern das ökonomische Wachstumstempo spürbar verringert. Karl-Georg Zinn, Norbert Reuter und andere Ökonomen haben diese Tendenz untersucht.¹ Sie stützen sich dabei u.a. auf theoretische Einsichten von Keynes, der voraussagte, dass sich die reifen Volkswirtschaften auf einen quasi wachstumslosen Zustand zu bewegen würden. Eine ähnliche Stagnationsprognose wurde im Zusammenhang mit der Analyse des säkulären Strukturwandels auch von Fourastie² gegeben. "Der zentrale Punkt des Stagnationstheorems betrifft die erschlaffende Nachfrage in reichen Ökonomien. Doch gerade das Nachfrageproblem wurde – und wird noch – von der neoliberalen Schule und ihren wirtschaftspolitischen Anhängern geleugnet. Es ist aber der Nachfragemangel, der seit etwa zwei Jahrzehnten die Produktion der Industrieländer – mit einigen Ausnahmen – bremst und für die Arbeitslosigkeit mit verantwortlich ist. Nachfragemangel hat zwei wesentliche Ursachen: relative Sättigung der wohlhabenden und reichen Gesellschaftsschichten sowie Kaufkraftmangel bei der breiten Masse. Letzteres überwiegt gegenwärtig bei weitem." (Zinn 2005: 12)

Die reale Tendenzen des ökonomischen Wachstums und der Zunahme der Masseneinkommen bestätigen diese Aussagen, die wichtige Seiten der Krise des Fordismus seit Mitte der 70er Jahre widerspiegeln.

Tabelle 1: Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den großen kapitalistischen Industrieländern (Angaben in Prozent)

	1950-59	1961-1970	1971-80	1981-90	1991-2000
USA	3,2	3,8	2,8	2,6	2,6
BRD	7,7	4,4	2,7	2,2	2,2
Japan	9,5	10,5	4,8	4,0	1,3
EWG/EU	5,2	4,8	3,0	2,4	2,0
G 7	5,7	5,5	3,3	2,7	1,8

Quelle: Klein (Hg.) 2003: 47

In Deutschland betrug das durchschnittliche Wachstumstempo des BIP in den Jahren 2001-2004 nur 0,7 Prozent. Die Prognosen für die Fortsetzung der leichten konjunkturellen Erholung 2004 auch im Folgejahr 2005 wurden von den meisten Konjunkturforschern zurückgeschraubt. Auch in der zweiten Hälfte der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts werden sich die Wachstumsaussichten kaum verbessern. Die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in Deutschland wird 2001/2010 voraussichtlich unter 1,5 Prozent liegen, und damit kaum höher als die Zuwachsraten der Produktivität sein.

Eine Analyse der Nachfragefaktoren in den letzten Jahren bestätigt eindringlich, dass das Zurückbleiben des Binnennachfrage der Hauptgrund für das geringe Wirtschaftswachstum ist, und dass der Export der eigentliche Träger des Wachstums gewesen ist. Die Gesamtnachfrage

¹ Vgl. u.a.: Karl-Georg Zinn, *Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege*, Hamburg 1997; Norbert Reuter, *Ökonomik der "Langen Frist"*, 2000, Metropolis

die mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) plus Import korrespondiert, besteht aus den Komponenten²:

- Binnennachfrage mit privatem Konsum, staatlichem Konsum, Anlageinvestitionen (private und öffentliche), Vorratsveränderung, die zusammen rund 72 % der Gesamtverwendung umfassen.
- Export mit rund 28 % der Gesamtverwendung.

Bezogen auf das BIP betragen die Anteile der einzelnen Komponenten:

- Konsumausgaben insgesamt: 76,7 %, darunter private Haushalte 57,0 %, Staat 19,6 %
- Anlageinvestitionen: 19,6 %
- Vorratsveränderung: - 0,9 %
- Außenbeitrag (Exportüberschuss): 4,6 %

Tabelle 2: Entwicklung der Nachfragekomponenten in der Zeit von 1993 bis 2004
(Preisbasis 1995)

	Wachstum 2000 zu 1993 in % (1993 = 100)	Wachstum 2004* zu 2000 in % (2000 = 100)
Inländische Verwendung	111,3	98,2
Privater Konsum**	110,6	101,5
Staatskonsum	110,5	102,7
Ausrüstungsinvestitionen	133,2	89,0
Bauinvestitionen	98,4	85,4
Export	170	123
Import	164	102
BIP	113,8	102,7

* 2004 Vorausschätzung; ** einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: Für den Zeitabschnitt 1993-2000: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Für Stetigkeit – gegen Aktionismus, Jahresgutachten 2001/02, Tabelle 24*, Wiesbaden 2001; Für den Zeitabschnitt 2000-2004: Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 666 und Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, Wirtschaft im Wandel, IWH 14/2003, Tabellen)

Da die Inlandsverwendung insgesamt 2004 absolut geringer war als 2000 wäre ohne die hohe Exportdynamik auch die Entwicklung des BIP rückläufig gewesen. Trotz der hohen Zuwachsraten des Exports reichten diese jedoch nicht aus, um den Unternehmensinvestitionen einen positiven Impuls zu geben. Im Gegensatz zu den Behauptungen der neoliberalen Angebotsökonomien gingen trotz hoher Gewinnzuwächse die Investitionen zurück. Die realen Nettolöhne und Gehälter, die die Preiserhöhungen und die gestiegenen Beitragssätze der Sozialversicherung berücksichtigen, lagen 2004 um ca. 4 % unter dem Niveau von 1993. Der Trend, dass bei einem geringen Zuwachs der Nettonominallöhne die realen Nettolöhne schrumpften setzte sich 1994-2000 und auch 2001-2004 durch. Die realen Masseneinkommen, zu denen außer den Nettolöhnen und -gehältern auch die monetären Sozialleistungen gehören, sind in dieser Zeit durch höhere Sozialleistungen, eine Folge vor allem der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, etwas gestiegen.

² Die folgenden Prozentangaben beziehen sich alle auf das Jahr 2003 (berechnet nach: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004, Wirtschaft im Wandel, IWH 14/2004, Tabellen)

2004 hat sich der Trend zur Veränderung der Verteilungsstrukturen der Primäreinkommen zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten verstärkt. Die Arbeitnehmerentgelte verharrten auf dem Stand des Vorjahres, durch die Preissteigerung sanken sie gegenüber dem Vorjahr real um 1,5 %. Dagegen nahmen 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 10,7 % zu. Dadurch sank 2004 die Lohnquote um 2 Prozentpunkte, von 72,1 % auf 70,1 %. (Angaben des Statistischen Bundesamts). Die Wirkungen von Hartz IV werden dazu führen, dass diese Tendenzen, die die Binnenkaufkraft schwächen und die soziale Polarisierung verschärfen, auch 2005 fortgesetzt werden. Infolge der Agenda 2010 werden in Unterschied zu den Vorjahren auch die monetären Sozialleistungen als gesamtwirtschaftliche Größe im Jahre 2005 von starken Einschnitten betroffen sein.

Deutschland wies im Jahr 2004 nicht nur nach Japan den absolut höchsten Exportüberschuss, sondern auch das größte Exportvolumen aller Länder auf. Deutschland war 1999-2004 das Land mit der bei weitem geringsten realen jährlichen Wachstumsrate der Binnennachfrage – 0,6 % – gegenüber den USA 3,5 %, Frankreich 2,6 % und Euroland 1,9 % bei zugleich der höchsten realen jährlichen Wachstumsrate des Exports – 5,9 % – gegenüber 4,4 % Euroland, 2,6 % Frankreich und 3,5 % USA. (Bofinger 2005: 185)

Konsequenzen für alternative Wirtschaftspolitik

Aus den Veränderungen im Wachstum ergeben sich einige neue Probleme und Fragen für die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion und Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik, dabei vor allem für die Ausarbeitung realistischer alternativer Konzepte.

Wenn es eine mehr oder weniger objektive Tendenz der *langfristigen* Verringerung der Wachstumsraten gibt, so folgt daraus, dass sich die Wirtschaftspolitik, darin eingeschlossen auch alternative Wirtschaftspolitik, darauf einstellen muss. Es geht im Kern darum, dass in den entwickelten Industrieländern gesellschaftliche Ziele unter Bedingungen einer in der "langen Frist" geringen oder kaum vorhandenen Erweiterung der Produktion von Waren und Dienstleistungen, Zunahme des materiellen Reichtums und Ausweitung der Felder traditioneller Erwerbsarbeit, zu realisieren sind. Eine solche Schlussfolgerung für das langfristige Wachstum bedeutet jedoch nicht, dass die Wirtschaftspolitik aus ihrer Verantwortung freigesprochen wird, die ökonomischen Rahmenbedingungen für das kurz- und mittelfristige Wirtschaftswachstum zu verbessern, um wieder eine höhere Dynamik der Wertschöpfung zu erreichen.

Das Wirtschaftswachstum verliert zunehmend seine Funktion, über die Ausdehnung der Maßstäbe der Produktion neue Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit beizutragen. In Zukunft muss davon ausgegangen werden, dass das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung nicht höher sondern eher geringer sein wird als das Wachstum der auf eine Arbeitsstunde bezogenen Arbeitsproduktivität. Damit nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass die Schwelle bei der Wachstum im volkswirtschaftlichen Maßstab zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze führt, dauerhaft nicht mehr überschritten wird. Das heißt entgegen einer öfter vertretenen Auffassung natürlich nicht, dass der Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitslosigkeit aufgehoben wird, und auch nicht, dass er an Bedeutung verliert. Aber: Je mehr das Tempo der Produktivitätssteigerung das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums übertrifft, desto mehr Arbeitsplätze gehen bei sonst gleichen Bedingungen verloren. Das innovative Suchen und Finden neuer oder den veränderten Bedingungen angepasster Wege und Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen, u.a. in Bereichen des ökologischen Umbaus und arbeitsintensiver Dienstleistungen, gewinnt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen noch höheren Stellenwert.

Die Auseinandersetzungen bei der Verteilung spitzen sich zu wenn das zu Verteilende nicht oder nur gering zunimmt. Der Druck, der aus dem Profitstreben und insbesondere aus der

Forderung, die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen müsse erhöht werden, auf die Umgestaltung der Verteilungsverhältnisse zu Gunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen ausgeht, erreicht eine neue Qualität. Damit erhält die Tendenz, den bestehenden Verteilungskompromiss auszuhebeln, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu erhöhen sowie die soziale Polarisierung zum Nachteil der abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen zu forcieren, neue Schubkraft. Die Widerstände, die der Einführung existenzsichernder Mindestlöhne und anderer Mindeststandards sowie einer bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. von Grundeinkommen entgegenstehen, nehmen zu. Die Schwelle für eine Umverteilung von oben nach unten wird noch viel höher. Sie ist nur durch eine entscheidende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse und einen weit größeren gesellschaftlichen Druck zu überwinden.

Konkrete Konzepte für eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse zu Gunsten der Masseneinkommen – Löhne und Gehälter und monetäre Sozialleistungen – gewinnen noch mehr an Bedeutung für eine alternative Wirtschaftspolitik. Nur hierdurch kann erreicht werden, dass zukünftig sowohl die an Einkommen gebundenen Voraussetzungen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen gesichert werden, als auch die Binnennachfrage gestärkt wird als wichtigste Bedingung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung.

Angesichts eines voraussichtlich geringeren Wachstums und gleichzeitig zunehmender Anforderungen an die Gemeinschaft zur Bereitstellung der für ein menschenwürdiges Leben und für Chancengleichheit erforderlichen Grundgüter – für Bildung, Gesundheit, Kultur, Sozialleistungen – nehmen die Anforderungen zur Sicherung ausreichender Einnahmen der öffentlichen Hand zu. Eine auf Verringerung der Staatsquote gerichtete Steuerpolitik steht im Widerspruch zu den veränderten ökonomischen Bedingungen und zu einer zukunftsorientierten Entwicklung des Gemeinwesens. Einem alternativen, sozial gerechteren Steuerkonzept, das den veränderten ökonomischen und natürlichen Umweltbedingungen Rechnung trägt, kommt daher in Zukunft eine noch größere Bedeutung zu.

Bei der weiteren Arbeit zur Qualifizierung der Vorschläge alternativer Wirtschaftspolitik zum ökonomischen Wachstum geht es insbesondere um konstruktive Ansätze und Überlegungen zur Lösung des Widerspruchs zwischen zwei Forderungen die jede für sich betrachtet berechtigt sind, die aber einander auch entgegenstehen. Einerseits die Rolle des Wachstums für die Lösung dringender Probleme auf allen gesellschaftlich relevanten Gebieten. Andererseits die von umweltpolitischen Erfordernissen abgeleitete Forderung, eine auf ständigem Wachstum beruhende Wirtschaftsweise zu überwinden. Eine realistische und zukunftsorientierte alternative Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen, den dem ökonomischen Wachstum immanenten Widerspruch zu lösen zwischen der Notwendigkeit des Wachstums und den Umwelterfordernissen die zur Begrenzung des Wachstums und schließlich zum Wachstumsverzicht drängen. Der Widerspruch zwischen schrankenlosem Wachstum und Endlichkeit der Natur kann nur zeitweilig aber nicht dauerhaft weggeschoben werden.

Zur Lösung dieser Wachstumswidersprüche gewinnen zwei Aspekte für eine zukünftige alternative Wirtschaftspolitik besondere Bedeutung. Erstens gilt es, einen neuen Wachstumstyp oder eine neue Qualität des Wachstums durchzusetzen. Ein solcher neuer Wachstumstyp müsste auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, einer hohen, kontinuierlichen Steigerung der Effizienz natürlicher Ressourcen sowie auf grundlegenden Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen zu Gunsten wenig material- und energieintensiver, innovativer und hoch veredelter Produktionen sowie hochwertiger Dienstleistungen gerichtet sein. Es geht um tiefgehende Veränderung im Wirtschaftswachstum sowohl im Hinblick auf die Ressourcen und Faktoren die dem Wachstum zu Grunde liegen als auch der *Wachstumsresultate, die weniger in der Erweiterung des materiellen Reichtums als in der Erhöhung seiner Qualität und in der Entwicklung der*

sozial-kulturellen, geistigen Leistungen, in einer veränderten, neuen Art des Wohlstands und seiner Entwicklung zum Ausdruck kommen. (Steinitz 2003: 148) Zweitens ist eine nach Zeithorizonten differenzierte Betrachtungsweise des Wachstums notwendig.

Schließlich muss noch auf eine weitere Schlussfolgerung hingewiesen werden, die größere Unsicherheiten und Labilität in den Vorausschätzungen des zukünftigen Wirtschaftswachstums. Dies gilt nicht nur für langfristige sondern auch für sehr kurzfristige Voraussagen. Für das Folgejahr und sogar für das folgende Quartal. Die Vorausschätzungen müssen für ein und dasselbe Jahr häufiger als früher wiederholt und beträchtlich korrigiert werden. Trotzdem sind auch bei kurzfristigen Prognosen starke Abweichungen zwischen der letzten Vorausschätzung und der tatsächlichen Entwicklung typisch. Dies hat auch Konsequenzen für den Ablauf des Konjunktur- bzw. Krisenzyklus, insbesondere für die in früheren Krisenzyklen nach der Krisen- und Depressionsphase folgende längere Aufschwungphase. Deutlich zeigt sich dies im gegenwärtigen Zyklus. Im Vergleich zu anderen Nachkriegszyklen war die Wirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch eine längere dreijährige Depressions- oder Stagnationsphase gekennzeichnet. Das von den Forschungsinstituten und der Bundesregierung vorausgesagte unmittelbar bevorstehende Einsetzen eines konjunkturellen Aufschwungs wurde immer wieder um ein Quartal oder Halbjahr verschoben. Nachdem eine konjunkturelle Belebung 2004 mit einer Zuwachsrate von 1,7 % eintrat und zunächst die Fortsetzung dieses Trends für die nächsten Jahre erwartet wurde, wurden schon Ende 2004 die für 2005 getroffenen Vorausschätzungen von den meisten Forschungsinstituten spürbar nach unten korrigiert.

Auch in Zukunft muss mit höherer Labilität, längeren Stagnationsphasen, kürzeren Aufschwungphasen gerechnet werden. Die wirtschaftspolitischen Spielräume werden insgesamt enger. Die Anforderungen an höhere Flexibilität gelten nicht nur für betriebswirtschaftliche Prozesse sondern zunehmend auch für makroökonomische Zusammenhänge. Auch hieraus ergibt sich als Konsequenz, dass die Verteilungsprobleme eine zunehmende Rolle u.a. als Puffer zum Ausgleich von Schwankungen im Wirtschaftswachstum erhalten. Überhaupt erhalten die vielfältigen und differenzierten Wechselbeziehungen zwischen Wachstum und Verteilung in den verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus ein erhöhtes wirtschaftspolitisches Gewicht. Auch hieran wird deutlich, dass die starren Grenzen für die Neuverschuldung und die Gesamthöhe der öffentlichen Schulden, die durch die Maastricht Kriterien und den Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzt werden, immer mehr in Widerspruch zu den Erfordernissen an eine Wirtschaftspolitik gerät, die von den realen Prozessen und Herausforderungen an die Politik ausgeht.